

9. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 14. September 2012

Top 4: Versicherte entlasten, unnötige Bürokratie vermeiden-Praxisgebühr abschaffen

Antrag

Der Fraktion der FDP

Drucksache 16/817

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich eröffne die Beratung und erteile für die FDP- Fraktion Frau Kollegin Schneider das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Ihnen allen wünsche ich von Herzen Gesundheit.

(Zurufe: Danke!)

Sollte der eine oder andere von Ihnen aber doch einen Arzt aufsuchen müssen, empfehle ich zumindest den gesetzlich Versicherten hier 10 €, die Praxisgebühr, bereitzuhalten.

Vielleicht empfinden Sie diese Abgabe einfach als lästige Pflicht. Eine repräsentative Umfrage zeigt aber, dass diese 10 € nicht nur als lästige Pflichtabgabe gesehen werden, sondern vielmehr großes Erregungspotenzial bei der Bevölkerung binden. Das entsprechende „Wut-Barometer“, das auf der Homepage der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein zu sehen ist, zeigt, dass die Praxisgebühr auch acht Jahre nach ihrer Einführung durch Rot- Grün für 85 % der Bevölkerung das größte Ärgernis darstellt.

(Beifall von der FDP)

Andere vermeintliche Aufreger wie zum Beispiel die Stärkung der Europäischen Union zulasten Deutschlands oder die Manager-Boni kommen erst dahinter.

Landtag Nordrhein-Westfalen

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der gesetzlichen Krankenkassen, deren Finanzpolster inzwischen 20 Milliarden € beträgt, hält die FDP- Fraktion es für sachlich richtig und auch finanzierbar, diese Gebühr abzuschaffen.

(Beifall von der FDP)

Wir erwarten in schwierigen Zeiten von den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie bereit sind, sich den Umständen anzupassen und gegebenenfalls den Gürtel enger zu schnallen. Gerade deshalb muss Politik auch dazu verpflichtet sein und verpflichtet werden, in besseren Zeiten den Bürgern unnötige Belastungen zu ersparen oder diese zurückzunehmen.

(Beifall von der FDP)

Das Ergebnis aus dem eingangs angeführten „Wut- Barometer“ deckt sich mit der Reaktion auf eine Kampagne zur Abschaffung der Gebühr, die von der Kassenärztlichen Vereinigung bundesweit gestartet wurde. Diese Kampagne – sie läuft noch bis Oktober – wird auch von der KV Nordrhein unterstützt. Dort waren wenige Wochen nach Beginn der Kampagne 100.000 Unterschriften eingegangen. Bundesweit unterschrieben von Ende Mai bis August bereits 800.000 Menschen gegen diese Abgabe.

Der Vorstandsvorsitzende der KV Nordrhein, Dr. Peter Potthoff, erklärte, dass diese Menge an Rückmeldungen alle Erwartungen übertroffen habe, obwohl man mit viel Protest gerechnet hätte. Der Bundesvorsitzende des Virchow-Bundes, Dr. Dirk Heinrich, machte deutlich, dass es auch acht Jahre nach Einführung der Gebühr noch tagtäglich zu Diskussionen zwischen Patienten und Praxispersonal käme. Eine besondere Belastung ergebe sich nicht nur durch die Verwaltung, sondern außerdem durch Mahnverfahren bei nicht erfolgter Zahlung.

Auch der Vorstandsvorsitzende der Techniker Krankenkasse, Jens Baas, äußerte sich ablehnend – ich zitiere: Krankenkassen und Gesundheitsfonds stehen derzeit finanziell sehr gut dar. Es gibt keinen Grund, den Kranken sinnlos in die Tasche zu greifen,

(Beifall von der FDP)

sagte der Vorsitzende einer großen gesetzlichen Krankenkasse.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Praxisgebühr hat sich nicht bewährt, weil sie Patientinnen und Patienten mit insgesamt 2 Milliarden € pro Jahr finanziell zusätzlich belastet. Die Praxisgebühr hat sich nicht bewährt, weil sie nicht nur erhebliche Mehrkosten verursacht, sondern auch durch den hohen organisatorischen Aufwand sehr viel Zeit bindet – Zeit, die Arzthelferinnen und Ärzte lieber für kranke Menschen verwenden würden.

(Beifall von der FDP)

Die Praxisgebühr hat sich nicht bewährt, weil sie ihre ursprünglich von Rot-Grün geplante Zielsetzung verfehlt hat. Die Hoffnung, die hohe Zahl der Arzt- besuche insbesondere durch Bagatellfälle zu reduzieren, hat sich nicht erfüllt.

(Ministerin Barbara Steffens: Ja, dann könnt ihr sie ja abschaffen!)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben jetzt die Chance, von Nordrhein-Westfalen aus ein klares Signal nach Berlin zu senden.

(Ministerin Barbara Steffens: Haben wir schon!)

Damit können wir einen Beitrag dazu leisten, dass unter das Ärgernis Praxisgebühr endlich ein Schlussstrich gezogen werden kann. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und von Lukas Lamla [PIRATEN])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Scheffler.